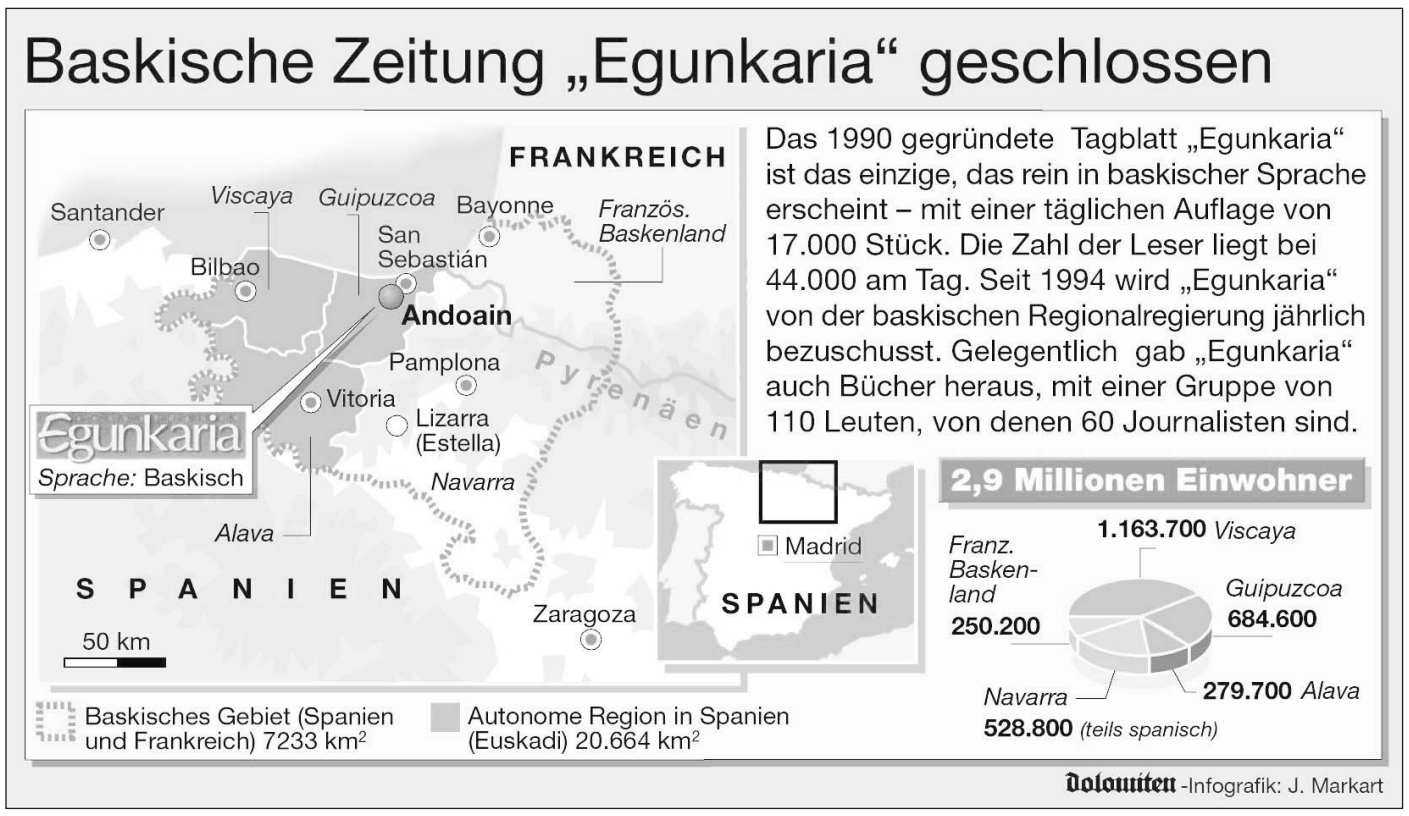
FLENSBORG AVIS
Südschleswigsche Heimatzeitung – Der Schleswiger

Sonnabend, 22. Februar 2003

Massive Proteste gegen Eingriff in die Pressefreiheit

Protestwelle. Die Schließung der baskischen Zeitung »Euskaldunon Egunkaria« und die Festnahme von zehn Redakteuren wegen angeblicher Kontakte zur ETA wird als Angriff auf Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Minderheiten kritisiert.



BILBAO/FLENSBURG. Die gerichtlich angeordnete Schließung der baskischen Zeitung »Euskaldunon Egunkaria« (Die Zeitung der Baskisch Sprechenden) wegen angeblicher Unterstützung von ETA-Terroristen hat eine internationale Welle des Protestes sowie heftige Kritik an der spanischen Justiz ausgelöst.

In einer Polizeiaktion mit Hunderten schwerbewaffneten und maskierten Polizisten waren am Donnerstag zehn leitende Redakteure festgenommen, sowie Dokumente und Computer beschlagnahmt worden.

Spaniens Justizminister José María Michavila bezeichnete die Zeitung als »ein Instrument terroristischer Aktivitäten«. Die gemäßigten baskischen Nationalisten, die in der autonomen Region des Baskenlandes die Regierung stellen, bestreiten das. Sie bezeichneten die Schließung als einen »Angriff auf die Pressefreiheit und auf die baskische Gesellschaft«.

Egunkaria war 1990 als das erste Blatt gegründet worden, das vollständig in baskischer Sprache erscheint. Die Zeitung wird von der baskischen Regierung subventioniert und hat eine Auflage von 15.000 Exemplaren sowie 45.000 Leser. Bereits im Sommer 2001 war Chefredakteur Martxelo Otamendi nach einem Interview mit Mitgliedern der ETA, das in der Zeitung und in anderen Presseorganen abgedruckt wurde, in Beugehaft genommen worden.

Neue Zeitung

Gestern brachten die verbliebenen Mitarbeiter mit Hilfe eines Lokalblattes eine neue Zeitung heraus. Unter dem Titel »geschlossen, aber nicht zum Schwiegen gebracht« wies die Belegschaft in einem Artikel Kontakte zur ETA zurück.

Das Vorgehen der Spanier hat zu heftigen internationalen Proteste geführt. Gegen die Schließung gingen im spanischen Baskenland Tausende Menschen auf die Straße. Neben baskischen Parteien und überregionalen Medien kritisierte auch die Europäische Vereinigung von 32 Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (Midas), der auch »Flensborg Avis« und »Der Nordschleswiger« angehören, das Vorgehen. Midas-Präsident und Chefredakteur der »Dolomiten« in Südtirol, Toni Ebner, sah »eine Gefahr für die Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Spanien«.

Inakzeptabler Eingriff

»Wir haben es hier mit einem völlig inakzeptablen Eingriff in die Pressefreiheit zu tun. Dies ist besonders problematisch in einem demokratischen Land, das Mitglied in der EU ist«, so der Chefredakteur von »Flensborg Avis« und Midas-Vorstandsmitglied Bjarne Lønborg.

Der Vorgang berühre auch ganz elementar die Minderheiten als aktuelles Thema in Europa. »Midas fordert daher, das sich die EU mit dem Vorgehen Spaniens befasst«, so Lønborg.

Im Namen von Midas kündigte er an, die Situation der Minderheitenpresse bei einem für den 26. März vereinbarten Treffen mit dem Vorsitzenden der EU-Kommission Romano Prodi zur Sprache zu bringen.

Raning Krueger

Siehe Leitartikel Seite 2

Explosion in einer Ölraffinerie in New York. (Foto: dpa)

Schreckwelle geht durch New York

NEW YORK. Eine heftige Explosion und ein Großfeuer in einer Ölraffinerie vor der Südspitze von New York haben am Freitag Tausende von Menschen in der Metropole in Angst und Schrecken versetzt. Flammen und Qualm schossen in den Hafenanlagen von Staten Island weit mehr als 100 Meter hoch in den Himmel. Die US-Bundespolizei FBI erklärte jedoch bereits kurz nach dem Ausbruch des Brandes, es gebe keine Hinweise auf einen terroristischen Anschlag. Alles sehe eher nach einem Unfall aus. (dpa)

Dosenpfand-Einigung gefährdet

Pfand. CDU will nicht, das Milchflaschen Pfandpflichtig werden und droht mit Blokade im Bundesrat.

BERLIN/MÜNCHEN. Wenige Tage nach der Bund-Länder-Einigung auf einfachere Regeln beim Dosenpfand ist der Kompromiss wieder in Gefahr. Für die unionsgeführten Länder forderte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf (CSU), alle Einwegverpackungen mit Milch von der Pfandpflicht zu befreien. Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) habe das abgelehnt, sagte Schnappauf.

Mehrheit sichern

»Ich setze aber darauf, dass Trittin an dieser Stelle die Reform nicht platzen lassen wird.« Mit Blick auf den Bundesrat betonte Schnappauf: »Im Zweifel werden wir Mehrheiten für unsere Position bekommen.«

In der Länderkammer könnte die Union die Novellierung der Verpackungsverordnung blockieren. Bund und Länder hatten sich am Sonntag auf Eckpunkte geeinigt. Nach Darstellung Schnappaufs hatte Trittin gemeinsam mit den rot-grünen Landesumweltministern durchgesetzt, dass auf viele Einwegverpackungen mit Milch von Oktober an Pfand erhoben werden soll. Betroffen wären etwa Plastikbecher und Einwegflaschen mit Trinkmilch, Buttermilch oder Milchmischgetränken.

Schnappauf sagte, schon alleine aus hygienischen Gründen sei es Verbrauchern nicht zuzumuten, leere Milchverpackungen aufzubewahren und zurückzubringen. Auch unter dem Gesundheitsaspekt sei nicht einzusehen, dass Spirituosen und Wein pfandfrei bleiben sollen, Milch aber nicht. Außerdem sei der Anteil der betroffenen Milchverpackungen am Müll verschwindend gering.

Trittin am Zug

Trittin sei nun am Zuge, einen konkreten Entwurf für die Novelle vorzulegen, sagte Schnappauf. In diesem Entwurf müsse aber verankert sein, dass Milch und Milchmischgetränke vom Pfand befreit sind. Schnappauf verwies darauf, dass Trittin selber in einem Entwurf aus dem Jahr 2001 die Milch von der Pfandpflicht befreien wollte. Damals war Trittin mit seinen Reformplänen am Bundesrat gescheitert. *(dpa)*

Pleitenzahl kräftig gestiegen

WIESBADEN. Die Zahl zahlungsunfähiger Personen- und Kapitalgesellschaften hat sich im vergangenen Jahr wieder kräftig erhöht. Für die ersten elf Monate meldete das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden einen Anstieg um 12,9 Prozent auf 22 144. Die Gerichte bezifferten nach Angaben des Bundesamtes die offenen Forderungen der Gläubiger in allen Insolvenzfällen - einschließlich Verbraucherinsolvenzen - in den ersten elf Monaten auf 58,5 Milliarden Euro. *(dpa)*

4,66 Mio. Arbeitslose

NÜRNBERG. Die Zahl der Arbeitslosen ist nach Informationen der Tageszeitung »Die Welt« im Februar um rund 40 000 auf 4,66 Millionen gestiegen. Die Zeitung beruft sich dabei auf Arbeitsmarktexperten. Im Vormonat gab es 4,62 Millionen Erwerbslose.

Für den Anstieg seien saisonale Gründe verantwortlich, hieß es. Im Vergleich zum Februar 2002 (4,29 Mio) erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen danach um 370 000. *(dpa)*

FDP greift Stoiber an

BERLIN. FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) in der Zuwanderungsdebatte eine »unverantwortliche Verweigerungspolitik« vorgeworfen. Mit ihrer Blockade riskiere die Union, die Zuwanderung nach Deutschland unkontrolliert zu erweitern.

Pieper warnte CDU und CSU erneut davor, die CDU/FDP-Koalitionen in einigen Bundesländern als »Machtinstrumente der Union« zu missbrauchen. Die Union müsse das gewachsene Gewicht der FDP in den Ländern berücksichtigen. *(dpa)*

Anrufer identifiziert

KÖLN. Die Polizei hat den Anrufer identifiziert, der mit drei anonymen Bombendrohungen für die Räumung einer Kölner Karnevalsfeier mit 8000 Gästen gesorgt hatte. Der Mann sei nach Auswertung der aufgezeichneten Telefon-Anrufe erkannt worden, teilte die Polizei am Freitag mit. Die Fahndung sei bereits eingeleitet. *(dpa)*